Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 25 Pfg., bei lokalen Anzeigen 20 Pfg. Reklamezeile 80 Pfg. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Für die Redaktion verantwortlich H. Sa beis Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der aufliegenden Bedingungen. Erscheint täglich mit der Unterhaltungsbeilage „Fürs Heim". (Während der Krieges nicht.) Monatlicher Bezugspreis 1.40 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 3.00 M. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H., in Kamen Westfr. 10. Fernspr. Nr. 1.

Nr. 219 — Freitag, den 19. September 1919 — 47. Jahrgang

Preuß. Landesversammlung.

(Sitzung vom 18. September.)

Nach Erledigung kleinerer unbedeutender Anfragen wird die zweite Etatsberatung beim Ministerium für Volkswohlfahrt fortgesetzt. Von verschiedenen Abgeordneten werden Anregungen zur Linderung der Wohnungsnot gegeben. — Abg. Dr. Quelle (U. Soz.) bemängelt einen Antrag zur Schaffung eines Reichswohlfahrtsamtes und eines Jugendamtes. — Abg. Brandenburg (Soz.): Des Wohlfahrtsministeriums erste und wichtigste Aufgabe wird die Bekämpfung der Tuberkulose sein müssen, die durch die Unterernährung sehr gefördert worden ist. Auch der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten muß energisch entgegengetreten werden. Im festen Zusammenhange mit der Volksgesundheit steht die Forderung verstärkter Wohnungsfürsorge. Angesichts der Wohnungsnot kann der Wohnungsluxus der begüterten Familien nicht länger geduldet werden. Die Magistrate machen leider von ihrer einschlägigen Zwangsbefugnis keinen ernstlichen Gebrauch. (Hört! Hört!) Sie sollten von der Regierung dazu angehalten werden. Zur Errichtung von Luxusbauten und Vergnügungsstätten sind immer noch Baustoffe vorhanden, während es zum Bau einfacher Wohnhäuser daran fehlt. — Abg. Frau Heßberger (Zentr.): Zur Durchführung der großen Aufgaben des Wohlfahrtsministeriums bedarf es erheblicher Mittel; hoffentlich können sie in den nächsten Etat in verstärktem Umfange eingestellt werden. In der Wohnungsfrage sind wir schon an der Grenze des Erträglichen angelangt. (Sehr richtig!) Das ist kein Wunder, da seit fünf Jahren kein Neubau ausgeführt worden ist. Schleunigste Abhilfe ist also notwendig, und es ist zu begrüßen, daß auch das Reich hierzu 150 Millionen Mark beisteuert. — Abg. Dr. Schlossmann (Demokr.): Gerade weil wir arm geworden sind, müssen wir für die Volkswohlfahrt das Doppelte zu leisten suchen. Die Ausbreitung der Tuberkulose erfüllt uns mit schwerster Sorge. Es ist nicht möglich, auch nur einen wesentlichen Bruchteil der Kranken in Krankenhäusern und Heilanstalten unterzubringen. Den Hebammen muß man auf irgend eine Art die Beamteneigenschaft beilegen, und sie müssen volle Gewähr dafür bekommen, daß nur tüchtig vorgebildete Frauen mit diesem wichtigen Amt betraut werden. Auch das Haltekinderwesen schreit nach Abhilfe. — Minister Stegerwald: Zur Regelung des Hebammen- und Haltekinderwesens wird eine Sachverständigenkonferenz zusammentreten. Die Einrichtung meines Ministeriums hat mit den öffentlichen äußeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Es handelt sich um die Einrichtung von drei Abteilungen: 1. Wohlfahrtspflege, 2. Wohnungswesen, 3. Medizinalwesen, und es ist noch nicht gelungen, ein in sich geschlossenes Gebäude für diesen großen Betrieb zu finden. Der Wohnungsnot werden wir erst dann mit Erfolg entgegentreten können, wenn die Kohlenfrage gelöst sein wird.

Nächste Sitzung Freitag.

Die preussische Regierung gegen Erzberger.

(TU) Zu den Nachrichten über die Autonomie für Oberschlesien geht der „Deutschen Tagesztg." folgende Mitteilung zu: Die in den gestrigen Abendblättern wiedergegebenen Nachrichten über Oberschlesien, die auf Veranlassung des Reichsfinanzministers Erzberger durch die Pressestelle der Reichskanzlei verbreitet wurden, werden jetzt von dem Ministerpräsidenten Hirsch als auch von dem Minister Heine als vollständig falsch bezeichnet. Beide Minister sprachen sich auf das schärfste dagegen aus und erklärten, daß der Reichsfinanzminister Erzberger damit die Absichten der preußischen Regierung unheilvoll durchkreuze. Erzberger sei von der preußischen Regierung nicht beauftragt, diese Mitteilung zu machen; sie widerspreche auch den Tatsachen.

Oberschlesiens Autonomie vom 1. Oktober ab.

WTB teilt mit: Wie wir hören, tritt die beabsichtigte Provinzial-Autonomie für Oberschlesien am 1. Oktober in Kraft.

Zu der bevorstehenden provinziellen Autonomie für Oberschlesien erfahren wir noch, daß die Regierung beabsichtigt, einen Landesrat für die Provinz zu errichten. Vorläufig soll sich dieser aus den oberschlesischen Mitgliedern aller Parteien der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung zusammensetzen. Auch die polnischen Kreise sollen in ihm vertreten sein. Ein Direktorium von drei Männern wird als Regierung der Provinz amtieren.

Deutschlands Antwort an den Verband

(TU) Wie das „Berl. Tagebl." von zuständiger Stelle erfährt, ist die Antwort der Reichsregierung an den Verband betreffend den Artikel 61 der Reichsverfassung gestern abend durch den Führer der deutschen Delegation, Freiherrn von Lersner, in Paris übergeben worden. Die Veröffentlichung der Antwortnote wird erst jetzt nachdem sie überreicht worden ist, erfolgen. Sie dürfte noch im Laufe des heutigen Tages zu erwarten sein.

Das Urteil gegen die Münchener Mörderbande.

(W) Im Münchener Geiselmordprozeß wurde Donnerstag nachmittag um 3½ Uhr das Urteil gefällt. Die Angeklagten Fritz Seidl und Schicklhofer wurden wegen zweier Verbrechen des Mordes zweimal zum Tode verurteilt und die Angeklagten Wigl, Pürzer, Fehmer und Joseph Seidl wegen Verbrechens des Mordes zur Todesstrafe. Die Angeklagten Kick, Gsell, Hesselmann, Lermer, Hanner, Georg Huber und Rittmaier wegen Verbrechens und Beihilfe zum Morde zu 15 Jahren Zuchthaus, sämtliche mit den entsprechenden Ehrenstrafen. Die Strafverfolgung Petermeiers wurde als unzulässig bezeichnet und die Angeklagten Völkel und Schmittl wurden auf freien Fuß gesetzt. Die Angeklagten nahmen das Urteil, woran sich eine längere Begründung anschloß, vollständig ruhig auf. Im Justizpalast und vor dem Gebäude waren während der Urteilsverkündung besonders strenge militärische Sicherungen getroffen worden. Der Abtransport der Verurteilten erfolgte in Automobilen zwischen militärisch besetzten Kraftwagen. Es erfolgte kein Zwischenfall.

Verschiedene Blätter erfahren, daß das bayerische Ministerium die Todesurteile nicht in lebenslängliches Zuchthaus umwandeln werde. Die Erschießung der 6 zum Tode verurteilten Angeklagten werde bereits heute abend im Strafgefängnis Stadelheim erfolgen.

Zu dem Urteil schreibt die „Rh.-Westf. Ztg." u. a. folgendes: Das Volksgericht in München hat sein Urteil gesprochen und die Sühne des gräßlichen Geiselmordes vom 30. April festgesetzt. Sühne? Was im Münchener Luitpold-Gymnasium im vergangenen April und insbesondere an dessen Ende an diebischer Roheit, Grausamkeit und Menschenabschlachtung geschehen und geleistet worden ist, kann gar nicht völlig gesühnt werden, auch nicht durch die Hinrichtung der Haupttäter und Verbrecher. Hyänen in Menschengestalt haben dort Orgien gefeiert, die das Blut in den Adern erstarren machen. In unbeschreiblicher Weise wurden harm- und wehrlose Menschen in ein unterirdisches, lichtloses, schmutziges, feuchtes und stinkendes Kellerloch eingesperrt, gequält, an Geist und Körper gemartert und schließlich wie Vieh abgeschlachtet, nicht etwa, weil man ihnen hätte irgend etwas zur Last legen können und sie irgend wie gefährlich oder schuldig, sondern weil sie „adelig" waren oder der „besseren Gesellschaft" angehörten und weil eine Handvoll Machttoller des Aussatzes der Menschheit nach Blut dürstete. „Sucht Euch die Feinsten heraus!" Nach diesem Stichwort wurde in der verhängnisvollen Stunde gehandelt und das grausige Mordspiel betrieben. Und so mußten sie alle daran glauben, an ihrer Spitze der erst aus dem Felde zurückgekehrte Freiherr von Teukert, der harmlose Prinz von Thurn und Taxis, und — sozusagen als besondere Schausteilung — die junge Gräfin Westarp, die selbst ein Lewien und Egelhofer für unschuldig erklärt hatten. Die Seelen- und Leibesfolterung und nachfolgende Erschießung der beiden gefangen genommenen Husaren und Weißgardisten lediglich darum, weil sie nicht zu der Avantgarde der Lewien und Lewins, sondern zu der Noskretruppe gehörten, kennzeichnen weiterhin die Methode im Drama. So bietet der Münchener Geiselmörderprozeß, der jetzt sein Ende gefunden, sowohl ein Sittenbild aus den Tiefen des Lumpenproletariats als auch ein Gemälde und eine lehrhafte Charakteristik kommunistischer und spartakistischer Herrschaft.

Ein kurzer Ausschnitt aus dem Personenverzeichnis der Münchener Räteherrschaft zeige noch einmal, mit wem wir es zu tun haben und welcher Subjekte sich das deutsche Volk zu erwehren hat. Sieben von den sechzehn Angeklagten sind unehelich geboren, zwei leben in zerrütteter Ehe, vier waren, als der Weltkrieg ausbrach, gerade volljährig. Der „Oberkommandant" Eglhofer ist entsprungener Sträfling, der Hauptangeklagte Fritz Seidl Denunziant und Lohnlistenfälscher. Der Selbstmörder Haußmann, der zweite „Kommandant", war ein verbummelter Straßenbahnangestellter, der Kommandant Pfister ein Nervenkranker. Weiter sehen wir auf der Liste den Syphilitiker und Alkoholiker Schicklhofer, einen geistig minderwertigen Menschen, wir sehen den Angeklagten Fehmer, seines Zeichens Zuhälter, Hehler und Betrüger, den Oberschreiber Hesselmann, „Gentleman im Film", in Wirklichkeit Heiratsschwindler und Dieb. Der Kantinenwirt Josef Seidl, gleichfalls ein Dieb, Landstreicher und Fahnenflüchtiger, taucht auf, und, zur selben Kategorie gehörend, dann noch die Angeklagten Huber, Völkl und schließlich der Psychopat Pürzel. Wirklich eine ausgesucht feine Gesellschaft für die Ausübung der höchsten Kommandogewalt in München, stellte der Staatsanwalt Hoffmann sarkastisch fest. Wer wird ihm nicht beipflichten?

Aber diese ganze ausgesuchte Gesellschaft wurde schließlich nur von „höheren Mächten" geleitet. Hinter den Kulissen der Münchener Mörderwelt stehen nämlich als die Drahtzieher die russischen Agitatoren Lewien, Lewiné, Tobias Axelrod und ihre übrigen geistigen Hetzgenossen vom Schlage eines Mühsam.

Es ist so, und es bleibt dabei, daß wir in Deutschland nie und nimmer zur Ruhe und Ordnung gelangen, wenn nicht die Hauptschürer, Treiber und Aufwiegler der Masseninstinkte endgültig bis auf den letzten Mann kaltgestellt werden.

Die Kohlenkatastrophe in Wien.

(TU) Es wurde endgültig beschlossen, vom Sonntag, den 21. September ab den Verkehr der elektrischen Straßenbahnen und der Bahnen Wien—Pretzburg und Wien—Baden einzustellen. Hotels, Kaffeehäuser Konzertsäle, Kinos und Varietees müssen um 8 Uhr abends geschlossen sein. Der Kohlenvorrat der Elektrizitätswerke beträgt nur noch 15 Tonnen. Wie verlautet, wurde auch die sofortige Einstellung der Zeitungsbetriebe beantragt. Staatskanzler Dr. Renner sandte an Clemenceau und an die in St. Germain gebliebenen Mitglieder der österreichischen Friedensdelegation Drahtungen, in denen die durch die Kohlennot hervorgerufene unhaltbare Lage eingehend geschildert und dringend um Abhilfe gebeten wird. Die für Mitteleuropa eingesetzte internationale Kohlenkommission in Mährisch-Ostrau hat ihre Sitzungen wieder aufgenommen und die Vertreter der interessierten Länder für nächsten Sonnabend zu einer Besprechung eingeladen.

Ende des Bochumer Streiks.

Der Streik auf der zum Bochumer Verein gehörenden „Stahlindustrie" ist beigelegt worden, nachdem gestern vormittag zwischen der Direktion des Bochumer Vereins und den Gewerkschaftsvertretern Verhandlungen stattgefunden hatten. Außer dem Bochumer Verein haben auch alle hiesigen Werke, die zur Schwereisenindustrie gehören, an den Verhandlungen teilgenommen und sich dabei grundsätzlich auf folgenden Standpunkt gestellt: Sie fördern die gelben Gewerkschaften nicht, sie haben sie auch nicht gefördert. Sie lehnen es ab, in irgend einer Weise auf die Arbeiter hinsichtlich des Beitritts zu einer Organisation einen Zwang auszuüben. Sie werden sich in dieser Frage streng neutral verhalten. Eine andere Haltung in dieser Sache wäre ein Kontraktbruch. Neue Verhandlungen mit dem Spitzenverbande in Rheinland-Westfalen sind im Gange. Es wird den Organisationen anheim gestellt, sich dorthin mit ihrer Beschwerde zu wenden. Sollte es wegen der Organisationsfrage zu einem länger andauernden Streik kommen, so werden sich die Werksbesitzer doch nicht in ihrer Haltung irre machen lassen. Die Gewerkschaftsvertreter konnten unter diesen Umständen ein weiteres Verharren im Streik nicht billigen und sprachen sich für die Wiederaufnahme der Arbeit aus, die schließlich auch nach längerer stürmischer Debatte beschlossen wurde.

Beilegung des Wuppertaler Buchdruckerstreiks.

Gestern fanden unter dem Vorsitz des Reichskommissars Severing erneute Verhandlungen zwecks Beilegung des Buchdruckerstreiks statt, die zu dem Ergebnis führten, daß am Freitag morgen die Arbeit allgemein wieder aufgenommen wird.

Tagesereignisse.

— **(Zur Auslieferung des Kaisers.)** Entgegen den gestrigen Meldungen besagen Nachrichten aus Paris, daß die Alliierten voraussichtlich doch auf die Auslieferung des Exkaisers verzichten werden, und zwar in der Voraussetzung, daß Holland wahrscheinlich Einwendungen gegen die Auslieferungsforderung erheben wird.

— **(Sperrung der ostpreußischen Grenze für Freiwillige.)** Die ostpreußische Grenze ist nunmehr für in Deutschland geworbene Freiwillige vollständig gesperrt. Die Grenztruppen sind angewiesen, gegebenenfalls mit Waffengewalt vorzugehen.

— **(Neubildung des Reichswehrministeriums.)** Ein Erlaß des Reichswehrministers teilt mit, daß das Reichswehrministerium neugebildet wird und mit dem 1. Oktober in Wirksamkeit tritt.

— **(Bevorstehende Ratifikation des Friedensvertrages in Frankreich.)** Nach dem Petit Parisien versichert man in parlamentarischen Kreisen, daß die Kammer am Freitag oder spätestens Sonnabend den Friedensvertrag ratifizieren werde.

— **(Verlegung der Friedenskonferenz?)** In den Kreisen der Friedenskonferenz ist jetzt die Rede davon, die Konferenz nach London zu verlegen. Die britischen Delegierten haben den Wunsch nach der Verlegung der Konferenz ausgesprochen, und es ist wahrscheinlich, daß die meisten künftigen Sitzungen, die nur periodisch stattfinden, in London abgehalten werden sollen.

— **(Rücktrittsabsichten Lloyd Georges.)** Bottomley teilt in der neuesten Nummer des „John Bull" mit, daß Lloyd George bei der Rekonstruktion seiner Regierung auf soviel Schwierigkeiten stößt, daß er den König bitten will, ihn seines Amtes zu entheben.

— **(Die Entente will Rußland räumen.)** Ueber London wird aus Paris gemeldet, daß der Oberste Rat der Alliierten in Clemenceaus Büro im Kriegsministerium eine Sitzung abhielt, an der Clemenceau, Lloyd George, Marschall Foch, Pardieux und Philipp Berthelot teilnahmen. Es wurde einstimmig beschlossen, Rußland zu räumen und es den russischen Revolutionären zu überlassen, diese Angelegenheit selbst zu ordnen, jedoch so, daß die Interessen der Nachbarvölker gewahrt würden.

— **(Amerika faßt in der deutschen Industrie Fuß.)** Der „Dtsch. Tagesztg." wird mitgeteilt, daß die großen Stahlwerke des Böhler-Konzerns in amerikanische Hände übergegangen sind. Die neuen Besitzer haben der Arbeiterschaft mitgeteilt, daß die Zehnstunden-Arbeitszeit und die Akkordarbeit wieder eingeführt werden wird. Wer sich weigere, sei mit dem 1. Oktober entlassen, und amerikanische Arbeiter würden eingestellt. Auf die Entgegnung, daß dieses Vorgehen Unruhen hervorrufen würde, wurde geantwortet, daß das amerikanische Militär die Ordnung schon aufrecht erhalten würde. Daraufhin haben die Arbeiter die Bedingungen angenommen.

— **Zur Rückgabe Kiautschaus** schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" in der Anfrage Amerikas an Japan, wann die Rückgabe Kiautschaus an China erfolgen solle, ist der Wunsch zu erkennen, dem großen Nebenbuhler zu zeigen daß man durchaus gesonnen ist, ihn beim Worte zu nehmen, weiterhin die Betonung des amerikanischen Prestiges, aber es handelt sich nur um eine normale Demarche in der Regelung einer schwebenden Frage, kaum um ein Ultimatum und die Aussicht auf einen neuen Weltenbrand.

— **(Amerika lehnt das türkische Mandat ab.)** Aus London wird gemeldet, daß Wilson der britischen Regierung mitteilen ließ, die Vereinigten Staaten seien zu dem Entschluß gekommen, keinerlei Mandat weder über die asiatische noch über die europäische Türkei anzunehmen.

— **(Die „Regensburg" nach Süd-Amerika.)** Der deutsche Kreuzer „Regensburg" wird, wie die Hamburger Nachrichten melden, gegenwärtig auf der Kieler Reichswerft für eine Auslandsfahrt nach Südamerika ausgerüstet. Der Kreuzer soll Montag fahrtbereit sein. Seine Aufgabe ist, dafür zu sorgen, daß endlich die in Chile, Argentinien, Uruguay und anderen amerikanischen Häfen interniert gewesenen deutschen Handelsschiffe beschleunigt nach Deutschland kommen. Die Verhandlungen mit der Entente in dieser Richtung schweben noch. Die Lebensmittelversorgung soll so eine Förderung erfahren.

— **(Delegiertenzulassung zum Arbeiterkongreß in Washington.)** Der Oberste Rat stellte es dem im Friedensvertrag vorgesehenen Arbeiterkongreß in Washington frei, Delegierte der vormals feindlichen Länder zuzulassen.

— **(Der Kampf um Fiume.)** In Rom hat nach einer Meldung des „Secolo" gestern ein Kriegsrat stattgefunden, der sich mit den letzten aus Fiume stammenden Nachrichten beschäftigte. In Abazzia fand eine militärische Zusammenkunft statt, in der die Belagerung Fiumes beschlossen wurde, und zwar durch Abschneiden der Landverbindungen und durch Blockade von der See aus.

— **(Die Schweiz und der Völkerbund.)** Die nationale Kommission für den Völkerbund beschloß mit 14 gegen 10 Stimmen entsprechend Beschlüssen der verschiedenen Fraktionen des Nationalrates, die Verschiebung der Frage des Eintritts der Schweiz in den Völkerbund vorzuschlagen.

— **(Ausbreitung des Streiks in Elsaß-Lothringen.)** Die Streiks in Elsaß-Lothringen nehmen zu. Verschiedene neue Zechen stellten den Betrieb ein. Alle Vermittlungsversuche scheiterten.

— **(Eine Konferenz der Eisenbahnminister.)** Gestern fand in Leipzig unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Bell eine Besprechung mit den Reichsministern der deutschen Eisenbahnverwaltungen über die Ueberführung der Staatsbahnen auf das Reich statt. Hierbei wurde hinsichtlich aller zur Erörterung gestellten Fragen ein Einverständnis erzielt.

— **(Arbeitsniederlegungen in der Berliner Industrie.)** Infolge der Ablehnung des Ultimatums durch die Arbeitgeber in der Metallindustrie ist es gestern bereits zu Arbeitsniederlegungen gekommen. So hat bei Borsig, in den Daimler-Werken und bei Schuckert ein Teil der Arbeiterschaft bereits die Arbeit niedergelegt. In anderen Betrieben wird noch verhandelt.

Neue Umsturzpläne?

Eine lange Zuschrift an die Essener Volkszeitung bringt über die Pläne einer neuen Umsturzbewegung auf breiter Grundlage bemerkenswerte Angaben. Es wird an eine vor zwei Monaten in einer Kommunistenversammlung in Essen gefallene Aeußerung eines bolschewistischen Agenten aus Berlin erinnert, daß die deutschen Kommunisten nur auf das Signal zum Umsturz warteten, das über kurz oder lang von deutschen und russischen bolschewistischen Führern gegeben werde. Im Anschluß daran wird weiter über eine Geheimkonferenz berichtet, die Ende August gemeinsam von revolutionären Führern aus Deutschland und Rußland in einer süddeutschen Stadt abgehalten worden sei. Aus beiden Tatsachen ergebe sich die Verbindung der deutschen revolutionären Führer mit russischen Bolschewiken. Dann wird als Beschluß der süddeutschen Geheimkonferenz mitgeteilt, daß russische Bolschewiken-Offiziere die oberste Leitung des neuen kommunistischen Umsturzunternehmens in Deutschland übernehmen sollen. Die Konferenz habe ferner den Anschlag bis ins einzelne genau ausgearbeitet. Darüber heißt es:

Das erste Ziel des Umsturzes ist die Entwaffnung der Reichswehr. Eine Zentralleitung, die ihren Sitz in Leipzig hat, soll die Umsturzbewegung praktisch durchführen. Die Mitglieder der kommunistischen Partei und die Roten Kompagnien sollen im geheimen bewaffnet werden. Zu einem Zeitpunkt, der von der Leipziger Zentralleitung bestimmt und der vom Zustand und der Stärke der Reichswehr abhängig gemacht wird, soll überall gleichzeitig zu einem energischen Schlage ausgeholt werden. Den Auftakt wird der allgemeine Generalstreik in sämtlichen deutschen Industriezentren bilden, dem der Umsturz auf dem Fuße folgen soll. Nach Stillegung der Betriebe sollen auf ein gegebenes Zeichen in allen deutschen Industrierevieren mit einem Schlage die Unruhen ausbrechen. Diese Taktik verfolgt eine Verzettelung der Regierungstruppen. Wenn es gelungen ist, die Regierungstruppen zur Dämpfung der Unruhen in die einzelnen Industrieorte zu locken, dann soll während einer bestimmten Nacht der Angriffsplan auf die Städte und Truppen ausgeführt werden. Russische und deutsche revolutionäre Führer, die sich zurzeit in den verschiedensten Orten Deutschlands aufhalten und die heute schon mit ihrer Aufgabe betraut sind, werden rechtzeitig an die ihnen zugewiesenen Schauplätze abreisen und die Angriffsoperationen leiten. Die gefangenommenen oder übergelaufenen Regierungssoldaten sollen einzeln unter die Rote Garde verteilt werden. Die Führer des Umsturzes setzen hierbei vor allen Dingen ihre Hoffnung auf den ersten überraschenden Augenblickserfolg. Falls dieser auf seiten der Kommunisten ist, rechnen sie mit einem Massenüberlauf der Regierungssoldaten. Ist der Plan geglückt, dann tritt in Braunschweig die Zentralgeschäftsleitung in Tätigkeit, die die sofortige Errichtung von Revolutionstribunalen und den schleunigen Anschluß der inzwischen ausgerufenen deutschen Räterepublik an Sowjetrußland veranlaßt. Innerhalb weniger Wochen hoffen die bolschewistischen Führer die heißersehnte Weltrevolution entfesselt zu haben. Auch für den Fall, daß der Umsturzplan mißlingen sollte, hat man entsprechende Maßnahmen getroffen. In diesem Fall wollen die Kommunisten die Unabhängigen zwingen, ihnen die gegenwärtige Regierung stürzen zu helfen, um eine bürgerliche Regierung ans Ruder zu bringen. Sie rechnen damit, daß alsdann die Mehrheitssozialisten in das linke Lager übergehen werden. Die Kommunisten hoffen dann unter dem Zeichen einer Einigung der sozialistischen Parteien die bürgerliche Regierung beseitigen und die Gewalt an sich reißen zu können.

„Im Kohlenbergbau wird neuerdings wieder leichtfertig mit dem Feuer des Streikgedankens gespielt; möge sich doch die Berg- und Industriearbeiterschaft heute ernstlich bewußt sein, daß letzten Endes etwas anderes gespielt wird als das Lied von der Sozialisierung des Bergbaus und der Sechsstundenschicht!" fügt die Essener Volkszeitung hinzu. An diese Mahnung fügen wir den Gedanken, den der Abgeordnete Rechtsanwalt Kempkes aus Essen gestern in einer Düsseldorfer Versammlung der Deutschen Volkspartei ausgesprochen hat: „Wenn wir nicht alles tun, um den Friedensvertrag zu erfüllen, namentlich was die geforderten Kohlen angeht, besteht ständig die Gefahr, daß die angedrohten Zwangsmaßregeln zur Anwendung kommen, daß weitere deutsche Gebiete, namentlich das Industrierevier, besetzt werden, und daß dann die deutschen Bergarbeiter nicht sechs und sieben Stunden, sondern acht und neun Stunden täglich schaffen, aber nicht für das deutsche Volk, sondern für unsre Gegner."

Zusammenstöße zwischen Reichswehr und Spartakisten.

(W) In Braunschweig kam es Mittwoch zu Zusammenstößen zwischen Reichswehr und spartakistischen Elementen. Die Schwimmanstaltswache wurde in der 10. Abendstunde aus dem nahen Walde beschossen. Ein Mann der Reichswehr wurde an der Hand verwundet. Die Zusammenstöße zwischen den einzelnen Reichswehrleuten und dem Gesindel am Hauptbahnhof hatten dort große Menschenansammlungen zur Folge, die durch eine Abteilung Reichswehr zerstreut wurden. Der Hauptbahnhof wurde durch eine Wache gesichert. Auch an anderen Stellen der Stadt kam es zu starken Belästigungen einzelner Reichswehrleute. In den Straßen und städtischen Anlagen fielen Schüsse. Die Vorgänge sind anscheinend von spartakistischer Seite hervorgerufen worden. Es wurden mehrfach Matrosen mit roten Armbändern beobachtet.

Weitere Nachrichten.

— **(Gegen die bayerische Regierung.)** In einem scharf gehaltenen Leitartikel nimmt die Münchener Augsburger Abendzeitung Stellung und wirft ihr schwächliche Rücksicht gegenüber der skandalösen Aufführung der politischen Gefangenen vor, wie dies, wie es scheine, von den Leitern der Staatsgefängnisse instruktionsgemäß bekundet werde. Das Blatt verzeichnet weiter, daß Matrosen als spartakistische Agitatoren im Lande herumreisen und in der Provinz und den Dörfern und Fabriken kommunistische Bünde zu gründen versuchten. Es sei kein Wunder, wenn der Spartakismus unter der Forst- und Salinenarbeiterschaft um sich greife, wenn diese sähe, wie in gewissen bayrischen Bädern und Sommerfrischen, wo die Regierung ihren Arbeitern Arbeitsamkeit und Sparsamkeit predige, ein geradezu skandalöser Luxus und üppiges Wohlleben der Kriegsgewinnler sich entfalte. Der Artikel schließt: Hat denn die bayrische Regierung keinen Sinn und Verstand für ihre Aufgaben oder mangelt es ihr an Tüchtigkeit und Tatkraft dazu. Das Land ist heute gerade müde, sich von der politischen Schwäche regieren zu lassen, die nicht imstande ist, der Staatsklugheit Achtung und dem Gesetz Gehorsam zu verschaffen.

— **Der bekannte Kommunistenführer Otto Rühle** in Dresden ist neuerdings verhaftet worden, weil er durch Reden und Druckschriften auf den Sturz der Regierung Gradnauer hingearbeitet hatte.

— **In Köslin** kam es zu weiteren Plünderungen. Mittwoch abend gegen 11 Uhr stürmte die Menge die am Markt gelegenen Herrenartikel- und Konfektionsgeschäfte von Eduard Baruch und Gebrüder Hirschfeld. Ein Teil der Einwohnerwehr, die einzuschreiten versuchte, wurde entwaffnet. Bei den Plünderungen feuerte das Militär. Fünf Personen wurden verwundet, darunter zwei Mitglieder der Einwohnerwehr. In den frühen Morgenstunden trafen Truppenverstärkungen ein.

Westfalen u. Rheinland.

Bürgerverein Kamen.

Kamen, 19. Sept. Der Bürgerverein Kamen hatte zu einer Mitglieder-Versammlung auf Dienstag abend in den Gasthof Bergheim eingeladen. Der Besuch hätte in Anbetracht der Wichtigkeit der zur Verhandlung stehenden Punkte besser sein können. Nach einem kurzen Begrüßungswort des Vorsitzenden Herrn E. Braß gelangte folgendes zur Verhandlung: Einwohnerwehr betr. Herr Rechtsanwalt Bona führte hierzu aus, daß es sich gelegentlich der letzten Plünderungen herausgestellt habe, daß der Stadt eine kräftige Bürgerwehr fehle. Solche Plünderungen würden sich nach verschiedenen Ansichten wohl noch jahrelang wiederholen und besonders im kommenden Winter würde es politisch nicht ruhig bleiben. Die Regierung habe deshalb die Städte und Gemeinden aufgefordert, durch Bildung von Einwohnerwehren das Eigentum und Leben der Bürger schützen zu helfen. Die Aufforderung der hiesigen Behörde zur Bildung einer Einwohnerwehr habe bisher keinen Erfolg gehabt; nur ein Mann habe sich gemeldet. Seitens der Sozialdemokratie würde der Sache kein Gehör geschenkt. Deshalb sei es Pflicht des Bürgervereins, für die Bildung einer Einwohnerwehr Schritte zu tun. Auch in den militärischen und Turn-Vereinen der Stadt müsse für die Sache agitiert werden, um so das Zustandekommen einer starken Wehr zu ermöglichen. Auf Aufforderung des Vorsitzenden meldeten sich sodann 20 Herren aus dem Bürgerverein zur Wehr. Zum Zwecke weiterer Anmeldungen soll eine Liste unter den Mitgliedern zirkulieren und auch eine Aufforderung zum Beitritt an die Vereine der Stadt erfolgen. — Weiter beschäftigte darauf die Versammlung die Stellungnahme des Bürgervereins zu den Magistratswahlen. Herr Altena berichtete hierüber folgendes: Auf Veranlassung des Bürgervereins habe kurz nach Bekanntwerden der Neuwahlen zum Magistrat eine Versammlung der Vertrauensmänner der bürgerlichen Parteien der Stadt Kamen stattgefunden zum Zwecke der Aufstellung einer bürgerlichen Einheitsliste. Der Referent verliest das Protokoll dieser Versammlung, aus dem hervorgeht, daß das Zentrum beschlossen hat, mit der Deutschen Volkspartei bei den Magistratswahlen zusammenzugehen. Nur die Demokratische Partei hat zu einem sofortigen Entschluß nicht kommen können, und ihre Stellungnahme von dem Beschluß einer Mitgliederversammlung abhängig gemacht. Namens der Demokratischen Partei gab nun Herr Kupperschlag die Erklärung ab, daß seine Partei sich entschlossen habe, bei den kommenden Magistratswahlen der Sozialdemokratie den Anschluß zu versagen. Diese Erklärung fand in der Versammlung freudige Aufnahme, da ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien nunmehr gesichert erscheint. Es folgt darauf noch eine kurze Aussprache betr. der Kandidatenfrage, die aber bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt wurde. — Einen Bericht über die Verhandlungen betr. Kraftwagenverkehr, gab Herr Rechtsanwalt Bona. Er habe sich in dieser Sache mit einem Gesuch an den Regierungspräsidenten gewandt und ihn gebeten, eine Verfügung zu erlassen, daß die Kraftwagen langsamer durch die Straßen fahren, um nicht noch mehr Schaden an Häusern und Straßen zu verursachen. Auf dieses Gesuch sei keine befriedigende Antwort eingegangen. Redner erwähnte, daß man im Zivilprozeß nicht gegen die Kraftwagenbesitzer vorgehen könne, da es schwer sei, festzustellen, welcher Wagen den Schaden verursacht habe. Es wurde deshalb der Vorschlag gemacht, noch einmal den Regierungspräsidenten zu ersuchen, die Fahrgeschwindigkeit der Kraftlastwagen in den Straßen herabzusetzen mit dem besonderen Hinweis darauf, daß die Schäden immer größer würden. Es wurde auch Klage darüber geführt, daß die Polizeibehörde in dieser Sache nicht wachsam genug sei. Im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit entspann sich eine längere Aussprache über das zu erwartende Ortsstatut betr. Heranziehung der Hausbesitzer zu den Kosten der Straßenpflasterung, an der sich besonders die Stadtverordneten Kupperschlag und Müller beteiligten. — Hierauf erinnerte der Vorsitzende daran, daß es Pflicht des Bürgervereins sei, neben der Gemeindepolitik auch Heimatpolitik zu treiben und regte an, Inschriften an Häusern und Balken für den Verein zu sammeln. Er riet, hierfür besonders die Jugend mobil zu machen und schöne Bücher als Belohnung dafür auszusetzen. Der Gedanke fand freudige Aufnahme und soll weiter verfolgt werden. — Einen Lichtbilder-Vortrag über Kamen stellt Herr Braß für den nächsten Monat in Aussicht. — Unter Verschiedenes wurde dann zunächst der Fall Lepke zur Sprache gebracht, der in der Stadt großes Aufsehen erregt habe. Der Vorsitzende betonte, dieser Fall würde im Bürgerverein nicht erörtert worden sein, wenn nicht Fälle von weit geringerer Bedeutung von der Gegenseite bis ins Ungeheuerliche aufgebauscht worden seien. Die anwesenden Stadtverordneten wurden gebeten, über diese Angelegenheit in der nächsten Stadtverordnetensitzung Klarheit herbeizuführen. (Bei Besprechung dieser Angelegenheit glaubt Herr Eisenstädt der „Kamener Zeitung" vorwerfen zu müssen, daß diese bisher über den Fall Lepke nicht berichtet habe. Wir bemerken hierzu, daß die Mitteilungen, welche wir bisher in dieser Angelegenheit erhielten, sich stark in der Darstellung des Vorfalles widersprachen. Ein klares Bild über die ganze Begebenheit war nicht zu erlangen. Oeffentliche Mißstände sollen und müssen gerügt werden; als gewissenhafte Publizisten können wir aber sich widersprechende Erzählungen, für die die Verbreiter selbst jedesmal die Verantwortung für die Richtigkeit ablehnten und stets erklärten, es auch nur vom Hörensagen zu wissen, keinen Raum geben. Oder sollen wir alles veröffentlichen, was man sich über den einen oder anderen Bürger in die Ohren raunt? Mancher, auch diejenigen, die bei derartigen Begebenheiten den Mund so voll nehmen, würden dabei schlecht wegkommen und gerade sie finden es unerhört, wenn einmal ihnen unliebsame Dinge in Versammlungen besprochen und dann in die Presse kommen. Die Red.) — Vielfach wurde auch Klage darüber geführt, daß das Lärmen und Toben seitens junger Männer und Mädchen auf der Straße zu nächtlicher Zeit derart überhand nimmt, daß die Bürger empfindlich in ihrer Ruhe gestört werden. Seitens der Polizei geschähe in dieser Sache nichts. — Angeregt wurde ferner, die für nachträgliche Abholung der Lebensmittelkarten festgesetzte Gebühr von 10 Pfg. für die Karte durch eine Erinnerungsgebühr pro Familie zu ersetzen, um etwaige Härten zu vermeiden. Weiter soll verlangt werden, daß während der Ausgabe der Lebensmittelkarten die Büros des Lebensmittelamtes für den Verkehr mit dem Publikum nicht ganz geschlossen bleiben, damit die Einwohner auch in dieser Zeit dort dringende Angelegenheiten erledigen können. — Große Erregung verursachte sodann noch die Mitteilung des Vorsitzenden, wonach mehrere Mitglieder des Volksbibliothek-Ausschusses, die sich um die Gründung und das Fortbestehen der Bibliothek besonders verdient gemacht haben, nunmehr ein Schreiben des Magistrats erhalten haben, worin ihnen mitgeteilt wird, daß sie durchs Los ausgeschieden seien und ihnen in kurzer Form der Dank für ihre bisherige Tätigkeit ausgesprochen wird. Die Art und Weise einer solchen Verabschiedung von Herren, die sich um die Volksbibliothek große Verdienste erworben haben, wurde sehr übel aufgenommen. Auch in dieser Sache wurde den anwesenden Stadtverordneten aufgegeben, dem Bürgerverein Erklärungen für ein solches Verhalten des Magistrats zu verschaffen. Hierauf wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

*

Wirtschafts-Ausschuß.

Kamen, 19. Sept. Vor Eintritt in die Tagesordnung kam Herr Polizei-Kommissar Warschkull auf den Fall Lepke zu sprechen. Da die Sache im Bürgerverein angeschnitten worden sei, wolle er auch im Wirtschaftsausschuß darüber berichten, obwohl Herr Lepke und er der Ansicht gewesen seien, daß es einer öffentlichen Erörterung nicht mehr bedürfe. Was sei denn passiert? Ein besonderer festlicher Anlaß habe Herrn Stadtrat Lepke und ihn nach 12 Uhr mittags zu einem Glase Wein zusammengeführt. Entgegen beider Willen habe sich die Sache länger hingezogen, wie beabsichtigt. Ein Unglück sei es gewesen, daß Herr Lepke mit einem Herrn Sommerfeld im Rathause zusammentraf, der sehr nervös sei. S. habe dann im Verein mit seinem Amtskollegen dafür gesorgt, daß der Vorfall telephonisch in die ganze Bürgerschaft getragen wurde, und stets sei dabei um Weitergabe der Nachricht gebeten worden. Trotzdem Herr Lepke am gleichen Tage Herrn Sommerfeld um Entschuldigung gebeten und dieser erklärt habe, nichts daraus zu machen, sei trotzdem eine Klage an den Staatsanwalt und Beschwerde an den Landrat, Regierungspräsidenten, Stadtverordneten-Vorsteher und Magistrat gegangen. Es seien Anderen, so führte Herr Warschkull weiter aus, schon ganz andere Unangenehmlichkeiten passiert, ohne daß ein solches Getue darum gemacht worden sei. Er bedauere, daß der Vorfall in seinen Folgen passiert sei. Stadtrat Lepke gibt seinem Bedauern Ausdruck, daß dieser Vorfall passiert sei. Dann gibt Herr Strelinski bekannt, daß die Arbeiterschaft dem Herrn Lepke volle Sympathie entgegenbringe und dieses durch die Wiederaufstellung zum Magistrat bewiesen habe. Jedenfalls fasse sie den Fall nicht so ernst auf wie ein großer Teil der Bürgerschaft. Die gestellte Vertrauensfrage wurde durch Uebergang zur Tagesordnung beantwortet.

Ein Probemelken wünscht der Landrat an jedem 1. und 10. eines Monats. Ein Probemelken an feststehenden Tagen wurde für äußerst unzweckmäßig gehalten und beschlossen, zur Ersparung der Kosten nur da, wo es notwendig sei, und von Fall zu Fall melken zu lassen.

Mit der Volkszählung am 5. und 6. Oktober, die im Interesse der Lebensmittelversorgung stattfindet, hatte sich der Wirtschafts-Ausschuß zu beschäftigen, da die Lehrerschaft es einmütig abgelehnt hat, die Zählung abermals vorzunehmen. Schüler zu nehmen oder durch Aufruf Freiwillige zu werben für die Zählung, wurde nicht für zweckmäßig gehalten. Das städtische Büropersonal wird die Zählung vornehmen und nur die Bürovorsteher das Publikum an diesem Tage abfertigen.

Die Händler Hüsten und Mannefeld wünschen die Zuweisung von Zucker aus städtischen Beständen. Dieses wurde einstimmig abgelehnt. Den Vorschuß würden sie von einem Grossisten erhalten.

Um das Backen des Krankenbrotes bewirbt sich Herr Bäcker A. von der Heide, Markt. Er bittet um Unterstützung seines jungen Unternehmens, da er über 7 Jahre Soldat war. Ein Teil der Mitglieder ist gegen den nochmaligen Wechsel, der andere hält es aus Gerechtigkeitsgründen für richtig, auch diese Antragsteller zu berücksichtigen. Der Antrag auf jedoch nicht genügende Unterstützung ist als abgelehnt zu gelten.

In der Sitzung beschloß der Wirtschafts-Ausschuß, der Firma Rentwig zweimal vom Bezuge der Reichswaare auszuschließen. Die Firma legt Verwahrung gegen diesen Beschluß ein, da ein Irrtum bei der Warenausgabe vorliege. Dem Gesuch einer Aufhebung des Beschlusses betr. zweimalige Ausschließung wurde nicht stattgegeben.

Der Verein für Handel und Gewerbe bittet in einer Eingabe an den Wirtschafts-Ausschuß im Interesse der ihm angeschlossenen Lebensmittelhändler um Erhöhung des Verdienstes für den Verkauf der städtischen Waren. Dazu wurde bemerkt, daß die Stadt selbst die Preise nicht erhöhen könne. Das einzige sei, den Zwischenhändler auszuschalten, der drei- bis viermal soviel Prozente bekomme wie die Stadt, die sich mit 2 Prozent Verteilungsspesen begnügen müsse.

Es soll eine Eingabe an den Kreisausschuß abgehen, in der gefordert wird, die Stadt Kamen als Großhändler anzuerkennen, dadurch würde der Zwischenhandel in Hamm fortfallen. Mit der Ausarbeitung der Eingabe wurden die Herren Thiel und Langstedt betraut. In den Antrag wird auch der Verkauf des amerikanischen Schweinefleisches einbezogen werden.

Eine längere Debatte rief der Speckankauf hervor. Die Herren Ebbinghaus und Strathmann haben mit dem Großhändler in Düsseldorf verhandelt, welcher nach seiner Aussage einen Waggon Speck auf jeden Fall liefern will. Eine unangenehme Mitteilung war die, daß die Stadt im Vorjahre große Bestände an Waren für die Winter-Ausgabe hatte, während in diesem Jahre die Keller leer sind. Die Kommission (Ebbinghaus, Strathmann und Warschkull) soll nach Köln fahren und dort weiteren Speck kaufen.

Ein Antrag auf Erhöhung des Häute-Ueberlassungspreises für die Metzger wurde bis zur nächsten Sitzung verschoben. Nach einem Vertrag der Stadt mit den Metzgern erhalten die Metzger für das Schlachten des Viehes die Gewerbe, das Fell und 5% Gutgewicht, von dem 2% bezahlt werden müssen. Die Metzger müssen die Summe evtl. an die Stadt abliefern, die sie aus dem Verkauf des Fleisches erzielen. Während früher der Verkaufspreis des Felles 80 Pfg. je Pfund war, steht der Preis heute auf ca. 9 Mk. Weil die Metzger für die Felle soviel mehr erzielen, sollen sie nach dem Antrag einen Teil des Mehrgewinnes an die Stadt abliefern. Da angenommen wurde, daß die Häutepreise auf der in kurzer Zeit stattfindenden Häute-Auktion wieder fallen, wurde beschlossen, in nächster Sitzung wieder darüber zu verhandeln.

Für verspätete Abholung der Lebensmittelkarten werden 10 Pfg. je Karte als besondere Ausgabegebühr erhoben. Herr Knappschaftssekretär Rittenbruch, der mit seiner Familie verreist war, mußte aus diesem Grunde 3,20 Mk. zahlen. In einer Beschwerde an den Landrat bittet er, die Stadt zur Rückzahlung anzuweisen und anzugeben, auf Grund welcher Bestimmungen die Strafe erhoben würde und wozu die Gelder verwandt würden. Polizeikommissar Warschkull bemerkt dazu, daß früher bei der Ausgabe sich stets Schwierigkeiten herausstellten, einzelne Familien kamen bis 4 Tage später zum Büro, um die Karten zu holen. Darauf habe der W.-A. dem Antrage des Lebensmittelamtes zugestimmt, für verspätete Abholung 10 Pfg. je Karte zu erheben. Jetzt habe das Lebensmittelamt die halbe Arbeit. Wäre Herr R. an ihn mit der jetzigen Begründung herangetreten, dann wäre die Sache sofort erledigt und das Geld nicht eingezogen worden, obwohl R. sich aus der Lebensmittelversorgung nicht abgemeldet hatte. In Dortmund, Ausgaben Gelsenkirchen usw. sei die besondere Ausgabegebühr noch höher. Ein Antrag wird eingebracht, die Gebühr auf 50 Pfg. je Familie festzusetzen, ein anderer, den jetzigen Satz beizubehalten. Der letztere Antrag wurde angenommen.

Eine Regierungs-Rundfrage betr. Aufhebung oder Beibehaltung der Zwangswirtschaft soll dahin beantwortet werden daß für einzelne Waren, z. B. Vieh, Kartoffeln, Butter die Zwangsbewirtschaftung beibehalten werden soll.

Auf Anfrage wurde erklärt, daß Scheine für Einmachzucker ohne Suppen nicht ausgegeben wurden.

Im Anschluß hieran gab Polizeikommissar Warschkull bekannt, daß in unserer Stadt Schiebezucker zum Preise von 6 Mk. je Pfund verkauft würde und daß ein Schieber 1 Sack Zucker für 1000 Mk. angeboten habe. Dem Täter sei man auf der Spur.

60 Pfund Speck sollen an Lungenkranke ausgegeben werden.

* *

Kamen, 19. Sept. **(Verschiedenes.)** Gastwirtschaften sind ja bekanntlich während des Krieges in ungemein zahlreichen Fällen mit Militär belegt worden. Diese Quartierleistung stellt sich grundsätzlich als eine dem Pächter oder Mieter einer Wirtschaft auferlegte und daher von diesem zu tragende persönliche Last dar, die ihn nicht zur Kündigung der Pacht berechtigt, wogegen auch ihm, nicht aber dem Verpächter, die als Vergütung gezahlten Quartiergelder zustehen. Ist aber das ganze gepachtete Grundstück durch Benutzung für militärische Zwecke auf längere Zeit dem Pächter zum Gebrauch entzogen, so berechtigt dieser Umstand den Pächter, den Pachtvertrag fristlos aufzuheben. Das spricht das Reichsgericht in einer Entscheidung aus.

(Neue Aufgaben der amtlichen Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte.) Gemäß Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 11. August 1919 betr. Abänderung der Verordnungen über die Beschäftigung Schwerbeschädigter dürfen diese nur noch nach Anhörung der bestehenden Arbeitsausschüsse und nur unter Innehaltung einer vierzehntägigen Kündigungsfrist entlassen werden. Die Kündigung ist der im § 1 Abs. 3 der Verordnung vom 9. Januar 1919 bezeichneten Stelle unverzüglich anzuzeigen und erst dann wirksam, wenn diese Stelle ihr zugestimmt hat. Die nach § 1 Abs. 3 zuständige Stelle ist die Hauptfürsorgeorganisation. Da aber bisher schon bei den örtlichen Fürsorgestellen die für Schwerbeschädigte geeigneten Stellen anzumelden waren, so sind aus diesem Grunde von dem Ausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Westfalen in Münster die örtlichen amtlichen Fürsorgestellen für Kriegsbeschädigte als diejenigen Stellen bezeichnet worden, bei denen die Arbeitgeber die Zustimmung zur Kündigung Schwerbeschädigter einzuholen haben.

Ueber den Rückgang der schulpflichtig werdenden Kinder äußert sich auch das statistische Landesamt Sachsen. Es teilt mit, daß die Zahl der schulpflichtig werdenden Kinder in Sachsen Ostern 1919 etwa 98 600 betragen hat, gegen Ostern 1922 sich nur noch auf ungefähr 70 400 belaufen wird. Hierzu wird gesagt: Also liegt hier einer der Punkte vor, in denen eine vorsorgende Bevölkerungspolitik von sicherer Grundlage aus eingreifen kann: die Möglichkeit von Ersparnissen im Schulwesen im Hinblick auf die zu erwartenden Jahre mit stark verminderter Kinderzahl. Der tiefste Stand wird um 1926-27 erreicht werden. Alsdann wird die gesamte Volksschülerzahl nicht viel mehr als die Hälfte der heutigen betragen. Nach einer Berechnung des Leipziger Schulamts ist dort die Zahl der 1919 schulpflichtig werdenden Kinder auf 10 280 berechnet, dagegen wird für 1924 nur noch ein Eintritt von 4200 Volksschülern angenommen.

Das Generalkommando des 7. Armeekorps hat unterm 15. September auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand folgende Verordnung erlassen: **Es darf niemand aus einer Wohnung verwiesen werden**, solange nicht vom Wohnungsamt oder durch eine andere mit der Wohnungsvermittlung beauftragte Stelle eine andere Wohnung nachgewiesen ist.

Gegen die nächtlichen Ruhestörer will die Polizei jetzt mit aller Schärfe vorgehen und alle Mittel anwenden, um diesem Treiben zu begegnen. Es war aber auch die höchste Zeit. Die Ruhestörungen nahmen überhand, das vergnügungssüchtige Volk glaubte sich als Herr der Straße und der Nacht, nahm keine Rücksicht auf die geistig wie körperlich arbeitende Bevölkerung, die doch unbedingt der Ruhe bedarf. Bis in den frühen Morgen hinein dauerten die nächtlichen Sonntags-Umzüge mit Gesang, ohne daß jemand die Ruhestörer dabei behinderte. Das soll nun anders werden. Die Polizei wird nicht allein die Ruhestörer inhaftieren, sondern auch den Vereinen, deren Mitglieder bei Ruhestörungen usw. betroffen werden, die Erlaubnis zur Veranstaltung von Festlichkeiten auf die Dauer eines Jahres entziehen. Die Vereine selbst haben nun das größte Interesse daran, daß alles ruhig abgeht und die Polizei wird sich den Dank aller erwerben, wenn sie nun aber auch energisch durchgreift.

Die Klagen über die Autobelästigungen wollen nicht nur nicht verstummen, sie werden immer lauter, und nicht mit Unrecht. Jeder Einsichtige wird, mit Rücksicht darauf, daß die Kraftautos in der heutigen Zeit des Versagens im Eisenbahntransport eine nicht zu verkennende Hilfe sind, einen Teil ihrer unliebsamen Nebenerscheinungen über sich ergehen lassen. Was aber zuviel ist, ist zuviel. Zunächst ist es das rasende Fahren durch die Straßen, welches zu Erschütterungen führt, die die Häuser erbeben machen und dadurch an vielen derselben schon erheblichen Schaden angerichtet hat. Das ließe sich sehr wohl vermeiden und die Erschütterungen auf ein erträgliches Maß beschränken, wenn die Autoführer ein gemäßigteres Tempo einhalten würden. Den meisten ist es aber ganz gleichgültig, ob die Einwohnerschaft unter ihrer oft wahnsinnigen Raserei leidet oder nicht. Ein gleiches gilt für den unerträglichen Lärm, den die schrillen Signalpfeifen machen, und ebenso sehr für den Gestank, der durch das Auspuffen der Benzolgase verursacht wird. Oft sind nicht nur die Straßen von dicken Dunstwolken angefüllt, sondern der widerliche Geruch dringt auch in die Häuser. Wir meinen, daß gegen solche Auswüchse doch etwas energischer eingeschritten werden könnte. Nimmt die Gesellschaft der Autoführer nicht von selbst Rücksicht auf die Einwohner der Orte, so muß ihr die Pflicht dazu eben beigebracht werden.

(Die Dummen werden nicht alle!) Der Vergrößerungsschwindel steht augenblicklich wieder in höchster Blüte. Scharenweise durchziehen die Agenten von „Kunst"anstalten Stadt und Land, um „kunstvolle" Vergrößerungen nach jeder Photographie anzupreisen. Durch einen Redeschwall suchen sie ihr Publikum zu überreden, nach einer vorhandenen Photographie doch eine Vergrößerung machen zu lassen. Nie würde ihnen die Gelegenheit geboten, für einen so „billigen" Preis eine so „kunstvolle" Vergrößerung zu erhalten. Ihre Opfer, meist Frauen, lassen sich überreden, übergeben dem Agenten ein Bild, zahlen einen Betrag an und erhalten bald darauf per Nachnahme die Vergrößerung mit Rahmen, ein Machwerk, dessen Wert in gar keinem Verhältnis zu dem hohen Preise steht. Preise von 50 bis 100 Mark und darüber sind keine Seltenheit. Für diesen Betrag würden sie bei jedem guten Photographen eine wirklich gute Vergrößerung erhalten und hätten dann den Vorteil, daß sie das Bild erst sehen würden, ehe sie es bezahlten. Sehr häufig kommt es auch vor, daß es den Schwindlern nur um eine Anzahlung zu tun ist. Die Gutgläubigen sind dann ihr Geld und die mitgegebene Photographie, oft teure Andenken, verlustig.

(Schlagsahne-Ersatz.) In der Presse ist Klage geführt über die Duldung der Herstellung von Schlagsahne-Ersatz aus Seifenschaum usw. unter Verwendung von Zucker. Die Herstellung derartiger Erzeugnisse ist im allgemeinen nur nach Genehmigung seitens der zuständigen Ersatzmittelstelle zulässig. Diese Genehmigung wird nicht erteilt, sofern für die menschliche Ernährung ungeeignete Rohstoffe wie Seifenrinde, Seifenwurzel oder aber bewirtschaftete Waren wie Zucker, die nicht für diese Zwecke freigegeben werden, Verwendung finden. Die Ersatzmittelstellen sind darauf hingewiesen worden, der Herstellung von Schlagsahne-Ersatzmitteln besondere Beachtung zuzuwenden

Bünde (Westf.), 18. Sept. **(Schülerkundgebungen gegen die Entfernung der Kaiserbilder.)** Die Primaner und Obersekundaner der hiesigen Realschule sind Montag dem Unterricht ferngeblieben, weil die von ihnen in den Klassenzimmern nach ihrer Entfernung wieder angebrachten Kaiserbilder erneut entfernt worden waren. Die Schüler haben den Kultusminister durch ein Telegramm von ihrem Vorgehen in Kenntnis gesetzt. — Die Schüler der Oberrealschule Bielefeld haben gegen die Entfernung der Kaiserbilder aus der Schule folgende Kundgebung an Minister Hänisch gerichtet: „Der Schülerthing der Oberrealschule zu Bielefeld als die verfassungsgemäße Vertretung der gesamten Schülerschaft wünscht in Erinnerung an die in den Hohenzollernbildern veranschaulichte große Vergangenheit eindringlich, die Erlaubnis zur sofortigen Wiederanbringung der Kaiserbilder im Schulgebäude zu erhalten und erhebt Einspruch gegen die in der zwangsweisen Entfernung der Bilder liegende Beschränkung ihrer geistigen Freiheit durch die Regierung."

Weitere Nachrichten.

200 Milliarden Franken Entschädigung an Italien.

(TU) **Rom**, 18. Sept. Der Mailänder „Corriere della Sera" bezeichnet nach der Methode des französischen Finanzministers Klotz die Entschädigung, die Deutschland Italien zu zahlen hätte, bei Leistung innerhalb 36 Jahren und Belastung mit 5% Zinsen auf ungefähr 200 Milliarden Franken. Frankreich habe keinerlei Anspruch auf Priorität oder Privilegien.

Gymnasiastenstreik in Dessau.

(TU) **Dessau**, 18. Sept. Die Obertertianer des hiesigen Gymnasiums traten in den Ausstand wegen der Entfernung der Fürstenbilder und weil ihnen die Aufstellung eines neuen Kaiserbildes verboten wurde.

*

— **Der deutschnationale Abgeordnete von Gräfe** stellte an die Reichsregierung die Frage, ob das Reich in irgend einer direkten oder indirekten Weise in der Hergabe der 1 Million Mark in Gold zur Befriedigung der französischen Ansprüche im Falle Manheim beteiligt sei.

— **(Rumänien unterschreibt.)** Beim Obersten Rat der Friedenskonferenz ist die Nachricht eingelaufen, daß Rumänien und Jugoslawien ihre Opposition aufzugeben beginnen und den Friedensvertrag mit Oesterreich voraussichtlich noch im Laufe dieser Woche unterzeichnen werden.

— **(Belgien verlangt die Auslieferung von 67 Deutschen.)** Der Brüsseler „Soir" meldet, daß die belgische Regierung das Auslieferungsbegehren gegen 67 Deutsche beschlossen habe, die als Kriegsgerichtsräte und Mitglieder eines Standgerichts Todesurteile gegen Belgier gefällt haben. Dem „Soir" zufolge sind während der Besetzungsdauer über 6000 Belgier erschossen worden.

— **(3000 Arbeiter entlassen.)** Die Kieler Reichswerft entläßt in den nächsten Tagen 3000 Arbeiter wegen Kohlenmangels.

— **Den Generalstreik wegen der Maßnahmen der französischen Verwaltung im Kreise Höchst am Main** beschlossen die Arbeiter des Werkes Griesheim-Elektron. Der französische Kommandant wohnte der Versammlung bei und verbot den Streik. Die Arbeiter haben trotzdem Mann für Mann das Werk verlassen.

— **Bei den Bezirksausschußwahlen im Staate Weimar** erhielten der Thüringer Bauernbund (Deutschnationale Volkspartei und Bund der Landwirte) 24 Sitze, die Demokraten 4, die Sozialdemokraten 15, die Unabhängigen Sozialisten 3 und das Zentrum 3 Sitze. Die Wahlbeteiligung betrug 20—25 Prozent der Wahlberechtigten.

Stimmen aus dem Publikum.

Unter dieser Rubrik werden Zuschriften von allgemeinem Interesse aufgenommen, auch solche, mit deren Inhalt die Redaktion dieses Blattes nicht einverstanden ist.

(Eingesandt.)

Kamen, 13. Sept. (Warnung an alle Darlehnsucher!) Fast tagtäglich findet man in den gelesensten Tageszeitungen Angebote von Darlehnsgebern. Diese Darlehnsgeber unterhalten an allen Plätzen ihre Agenten, welche wiederum Angebote von Darlehen in den Zeitungen veröffentlichen. Meldet sich nun jemand, so sagt der Agent das Darlehen ohne weiteres zu mit den Worten: „In 8 Tagen haben Sie das Geld!" Nun wird ein Revers verlangt, in welchem ein ansehnlicher Betrag als Unkosten verlangt wird, der gleich gezahlt werden muß. Ich habe in meinem Falle 35 Mark gezahlt. Das Gesuch geht nun an den angeblichen Finanzmann und dieser fordert nun zum Schein eine Auskunft ein und zwar nicht etwa von einer soliden Auskunftei, sondern von seinem Gewährsmann, welches selbstverständlich der Agent ist, der den Darlehnsantrag aufgenommen hat. Dieser nun, um seinen Hintermann und Auftraggeber vor etwaigem Verlust zu schützen, gibt selbstredend eine Auskunft, worauf niemals Geld gegeben wird. In meinem Falle war sogar in der Auskunft die Arbeitsstelle und das Einkommen (Verdienst) falsch angegeben. Ein Beweis dafür, daß der Gewährsmann sich nach meinen Verhältnissen garnicht erkundigt hatte. Es geht diesen Leuten auch garnicht darum, ihren Mitmenschen zu helfen, vielmehr haben sie nur das Bestreben, sich auf Kosten anderer Leute einen guten Tag zu machen. Nur selten mal wird ein Darlehen gegeben, und dann auch nur gegen 10fache Sicherheit, nebst hohem Zinsfuß und einer besonderen Abschluß-Provision. Ich warne daher meine Mitmenschen, sich von solchen Personen ins Garn locken zu lassen. Reelle Darlehnsgeber, deren nur sehr wenige und selten sind, sollen hierbei nicht in Frage kommen. In dem verlangten Revers befindet sich auch eine Klausel, wonach der gezahlte Kostenbetrag auf keinen Fall zurückverlangt werden kann. Hieraus ergibt sich ohne Zweifel, daß es diese Personen nur auf den Kostenbetrag, nicht etwa auf die Hingabe eines Darlehns, abgesehen haben. Jedem, der in Not kommt und daher einen Darlehnsgeber gebraucht, seien diese Zeilen ans Herz gelegt. Schützt euch daher vor gewissenlosen Ausbeutern.

Vereinsnachrichten.

Kamen, 19. Sept. **(Gewerkverein christl. Bergarbeiter.)** Wir weisen auch an dieser Stelle auf die Generalversammlung der Zahlstelle des christl. Bergarbeiter-Verbandes hin, welche am Sonntag, den 21. Sept., vormittags 11 Uhr, bei Frau Witwe Goertz stattfindet. Es wird dort für die Bergarbeiter ein sehr wichtiger Vortrag gehalten, den anzuhören sich kein Mitglied entgehen lassen darf, nämlich über Urlaubsfragen und Tarifvertrag. Beide sollen eigentlich am 1. Oktober in Kraft treten.

Kriegsgefangenen-Hilfe.

Stadt Kamen	4000 Mk.
N. N., Unnaerstr.	115 „
	Dr. Everlien.

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Aufgabe der amtlichen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge ist es, allen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen, ohne Rücksicht auf Partei und Bekenntnis, mit Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge gewährt Hilfe und Rat bei der Berufswahl, der Berufsbildung, in allen Unterstützungs-, Renten-, Kranken-, Ansiedlungs- und Militärangelegenheiten, sie vermittelt Arbeitsstellen, sorgt für Heilmaßnahmen, Kuren, hilft bei Reparatur künstlicher Glieder, Bandagen usw. und nimmt sich der Familien der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen an. 3708

Kamen, den 13. September 1919.

Amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene:
Leyke, Stadtrat.

Bekanntmachung.

Von einer Fliegerabteilung, die aufgelöst wird, sind Arbeitskräfte angeboten worden und zwar Kraftfahrer, Autoschlosser, Maschinenschlosser, Sattler, Stellmacher, Zimmerleute, Polier und Unternehmer, Klempner, Installateure, Optiker, Verkäufer für Kolonialwaren, Gärtner, Portiere, herrschaftl. Kutscher, Gespann-Vögte, Schlosser für landwirtschaftliche Maschinen, Lageristen, Flugzeugmonteure, Schweißer, Spleißer, Motorbootführer, Werkmeister für Motor-, Auto- und Flugzeugbranche.

Interessenten wollen sich auf dem städtischen Arbeitsnachweis hierselbst im Rathause, Eingang Kirchstraße, melden.

Kamen, den 16. September 1919.

Städtischer Arbeitsnachweis:
3707 gez. Leyke, Stadtrat.

Vorgehen gegen Ruhestörer!

In den letzten Wochen haben die nächtlichen Ruhestörungen dermaßen überhand genommen, daß wir zukünftig alle uns zu Gebote stehenden Mittel anwenden werden, um diesem Treiben Einhalt zu tun.

Ohne Rücksicht zu nehmen auf unsere geistig und körperlich schwerarbeitende Bevölkerung, die infolge der räumlich beschränkten Wohnungen gezwungen ist, in den warmen Nächten bei offenem Fenster zu schlafen, haben halbwüchsige Burschen durch überlautes Singen und Toben, vielfach bis in die Morgenstunden hinein, in unverantwortlicher Weise die Ruhe der Einwohnerschaft gestört. Unsere Belehrungen und Ermahnungen in der Ortspresse sind bisher unbeachtet geblieben.

Wir werden nunmehr alle diejenigen Personen sofort in Haft nehmen und bestrafen, welche sich die gerügten Ordnungswidrigkeiten zuschulden kommen lassen, und den Vereinen, deren Mitglieder bei Ruhestörungen oder dem Verüben groben Unfugs betroffen werden, die Erlaubnis zur Veranstaltung von Festlichkeiten auf die Dauer eines Jahres entziehen. Die Vereinsvorstände werden ersucht, gelegentlich ihrer Veranstaltungen die Mitglieder darauf hinzuweisen, daß sie in ihrem eigensten und im Interesse ihrer Mitbürger auf den Straßen Ruhe und Ordnung zu halten haben. 3691

Kamen, den 15. September 1919.

Die Polizeiverwaltung: J. V.: Lepke.
Stadtrat.

Eintritt in die Reichswehr. 3631

Für Bewachungs-Kompagnien im Sennelager stellt die Freiwilligen-Sammelstelle des VII. A.-K. im Sennelager noch geeignete gediente Mannschaften ein. Kriegsverwendungsfähigkeit und lückenlose Papiere, Führungszeugnis, Paß usw. Bedingung.

Meldung nur durch die Bezirks-Kommandos, wo alles Nähere zu erfahren ist. Dort auch Reiseausweise.

Bezirks-Kommando Soest
Werbeabteilung.

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

44. Fortsetzung.

Siebzehntes Kapitel.

Hannas Hochzeitstag!

Der Sturm durchbrauste die Straßen und heftige Regenschauer prasselten hernieder. Es war ein ungemütliches Wetter, so daß sich niemand hinauswagte, der nicht dazu gezwungen war. —

Doch in Hanna war eitel Sonne. Mit schwärmerisch verzücktem Gesicht stand sie da in ihrem weißen, seidenen Brautgewand, die kümmerliche Gestalt ganz von dem kostbaren hauchzarten Spitzenschleier eingehüllt. Gwendoline war noch um sie beschäftigt. Sie kniete vor ihr und ordnete den Faltenwurf des Schleiers. Hanna legte ihre vor Erregung bebende Hand auf das Haar der Freundin.

„Teure Schwester meines Geliebten", flüsterte sie, und erwartungsvoll blickte sie nach der Tür, durch die jeden Augenblick der Heißersehnte treten würde, er, dem sie mit jeder Faser ihres Seins entgegenstrebte, den sie liebte mit der Inbrunst ihres oft mißhandelten, doch desto heißer glühenden Herzens. Sie streifte jetzt die feinen weißen Lederhandschuhe über die schmalen, kinderhaften Hände und nahm das Brautbukett, das aus weißen Orchideen und Myrten bestand, von Gwendoline entgegen.

So wollte sie ihn erwarten. Und dann mit ihm zur Kirche gehen.

Gwendoline küßte das junge, bräutlich glühende Weib, und zwei schwere Tränen rollten über ihre Wangen vor Ergriffenheit.

„Meine innigsten Wünsche begleiten dich, du Liebe! Mögest du so glücklich werden, wie du es verdienst! Ich bete für dich!" Die Stimme versagte ihr fast.

Die beiden waren allein in Hannas Zimmer, das einem Blumenhain glich. Sie hielten sich an der Hand und sahen sich an.

„Bete du mir immer gut!" flüsterte Gwendoline. Das Herz lag ihr zentnerschwer in der Brust.

Mit strahlendem Lächeln nickte die andere. Blanka kam da hereingestürmt.

„Seid ihr fertig? Mama ist gleich so weit!"

Sie trug ein ganz enges, gerafftes Gewand aus dünnem, seidenartigen Gewebe von ziemlich kräftiger, hellblauer Farbe. Der geschlitzte Rock ließ bei jedem Schritt den hellen Seidenstrumpf in dem Kreuzbänderschuh fast bis zum Knie sehen. Es war eine sehr kühne Toilette, die ihr aber gut stand.

Etwas wie Rührung erfaßte das leichtlebige, launenhafte, verwöhnte Mädchen doch beim Anblick der bräutlichen Schwester und auch Schmerz, daß Hanna nun für immer das Haus verlassen wollte. Sie streichelte ihr die heißen Wangen.

„Na, nun bist du so weit, Jeannettchen! Ich wollte, ich wäre es auch! Recht viel Glück!" Dann schüttelte sie die ihr unbequeme Rührung ab und fuhr in dem gewohnten, leichten Tone fort: „Laß dich anschauen! Hübsch hat dir Gwendoline den Schleier gesteckt! Wie lieb du aussiehst! Malte kann sich freuen —"

Die Kommerzienrätin trat herein in einem kostbaren Kleid aus bronzefarbenem Brokat.

„Mein geliebtes Kind, mein mütterlicher Segen begleitet dich! Hätte dein guter Vater das doch mit erlebt!" Sie tupfte das Spitzentaschentuch gegen die Augen.

Mit einer Rührung, der reichlich Theatralik beigemischt war, schloß sie die Tochter in die Arme.

Dann mußte sie wieder gehen, die Honneurs zu machen, da bereits Wagen mit den Gästen vorfuhren, die von der Lidowskischen Villa aus die Fahrt nach der Kirche antraten.

Eine zahlreiche glänzende Gesellschaft war versammelt. Viele Uniformen hoben sich farbig ab von dem feierlichen Schwarz der Fräcke und harmonierten mit den bunten, schimmernden Toiletten der Damen.

Nur der Bräutigam war noch nicht da.

„Wo bleibt Malte?" hauchte Hanna. Sie sah jetzt vor Erregung schneebleich aus, und in ungestümen Schlägen klopfte ihr das Herz in der Brust.

Ja, wo blieb Malte?

Gwendoline war außer sich. Diese Rücksichtslosigkeit!

„Er muß gleich hier sein, lieb Hannerl! Meine Mutter ist ja auch noch nicht da. Er wird sie abholen und mit ihr kommen!"

Hanna nickte erleichtert.

Doch da erschien, von Blanka begleitet, die Baronin von Reinhardt allein — sehr vornehm und würdevoll in ihrem schwarzen Seidenkleid aussehend.

Hanna ging ihr einige Schritte entgegen. In tiefer Bewegung schloß die Baronin sie in die Arme.

„Du machst mir meinen Malte glücklich!" sagte sie leise und mit tränenvollen Augen, „ich weiß, du liebst ihn wie ich —"

Und die beiden Frauen sahen sich an in wortlosem Verstehen — sie begegneten und verstanden sich in dem schrankenlosen Gefühl für den Einzigen.

„Ich finde, Freund Malte läßt ungebührlich auf sich warten — er kann sich gewiß nicht schön genug machen —" Blankas helle, spöttisch gefärbte Stimme zerriß die weihevolle Stimmung.

Und man wartete auf den Bräutigam.

Fünf Minuten vergingen. Zehn Minuten vergingen. Eine Viertelstunde — die Zeit zur Fahrt in die Kirche war überschritten — und noch war Malte nicht da.

Eine leichte Unruhe fing an, sich der glänzenden Hochzeitsgesellschaft zu bemächtigen. Die Kommerzienrätin verging innerlich vor Zorn und Aufregung, doch machte sie, verbindlich lächelnd, Konversation, von Blanka unterstützt, die sich Axel Kronau als Brautführer erwählt hatte. Der junge Offizier sah sehr vornehm aus in seiner dunkelernsten Uniform. Etwas zerstreut unterhielt er sich mit Blanka; denn seine Augen gingen immerfort nach der Tür, als erwarte er jemanden — Gwendoline mußte doch auch da sein!

Die Zeit verging.

Mehr als eine halbe Stunde war bereits vorüber.

In Verzweiflung stand Gwendoline am Telephon, sie bekam jedoch keine Verbindung; wahrscheinlich war die Wirtin Maltes schon in der Kirche, um bei der Trauung zuzusehen.

(Fortsetzung folgt.)

Das Bündnis.

Als der Mann die Maus in der Falle hatte, rief er aus: „Nun einen Eimer Wasser!"

„Bitte," sagte das spitzbübische Tierchen, „was habe ich begangen?"

„Meinen Reis und meine Hirse beschmutzt!"

Der Maus zitterte der Schwanz.

„Meinen Speck gefressen!"

Die Maus leckte die Barthärchen.

„Meinen Schlaf hundertmal zernagt! Unter meinen Dielen getanzt und gequickt!"

„Je nun!" schnitt das philosophische Vieh ab. „Aber weshalb schweigst du von meinen Vorteilen für dich?"

Der Mann lief rot an.

„Hast du vergessen, daß ich das einzige Wesen in deinem Hause bin, vor dem deine Frau zittert? Und du willst mich töten? Bedenke einmal die Vorteile, die dir mein künftiges Leben bringen kann!" Sie hob die Schwanzspitze wie einen mahnenden Zeigefinger.

Der Mann wurde blaß, dann überlegte er und öffnete die Falle.

Robert Walter im „Ulk".

Die Zwangswirtschaft für Leder und Schuhe ist aufgehoben

Ich **eröffne am Montag, den 21. ds. Mts.,** neben meiner Lederhandlung und Schäftestepperei, **Weststraße Nr. 21** (Haltestelle der elektrischen Bahn, Kämerstraße) ein

Schuhgeschäft und Reparatur-Werkstatt

und beabsichtige meine Ware so billig wie möglich abzusetzen.

Durch größere Abschlüsse mit den größten Schuhfabriken bin ich in der Lage prima Lederstiefel, kein Ersatz oder gepreßte Pappe die heute vielfach als Sohle benutzt wird, preiswert zu verkaufen.

Grundsätzlich führe ich nur Schuhwaren, die aus reinem Leder, hergestellt sind, und nicht von der früheren Verteilung resp. bezugscheinpflichtigen Waren herrühren.

Auch bin ich bestrebt, meine **Reparaturen** auf das Allerbilligste herzustellen, um der Kundschaft bei der heutigen schweren Zeit entgegenzukommen.

Um mein Unternehmen in dem Sinne ausführen zu können, bitte ich um geneigten Zuspruch.

Meine Lederhandlung und Schäftestepperei führe ich in gewohnter Weise weiter. 3702

Hochachtend

Wilh. Uebach.

Jlse

Statt besonderer Anzeige.

Die Geburt einer

Tochter

beehren sich anzuzeigen

Walter Wegerhoff und Frau
Henny geb. Jellinghaus.

Lüdenscheid, den 16. September 1919.
z. Zt Privatklinik Dr. Thoma.

3703

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen, für die vielen Kranzspenden, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pastor Philipps sagen wir allen unsern

herzlichsten Dank.

Familie August Rodewald.

Kamen, den 17. September 1919. 3709

Grabdenkmäler u. Grabeinfassungen
in allen Ausführungen
liefert 3174
Firma **Anton Wallmeier,**
Kamen, Nordenmauer 47.

Neu eingetroffen:

Schreibmappen :-: Aktentaschen
Brieftaschen :-: Geldscheintaschen
Portomonnaie für Damen u. Herren
:-: und Toiletten in Leder :-:
Grosse Auswahl in Postkartenrahmen und Postkartenalbum

Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Damen- und Herrenhüte
werden nach neuesten Formen schnell und billig umgepreßt und gefärbt. 3705
Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstraße 57.

Vieh- und Inventar-Verkauf
Oberaden.

Freitag, d. 26. d. Mts., nachmittags 4 Uhr läßt Herr Franz Ammerdinck in Oberaden, verziehungshalber, an seiner Wohnung nachstehende Gegenstände als 2 schwere tragende Kühe, 1 Schwein, 6 Hühner, 2 dreizöllige Ackerwagen m. Fleeten und Leitern, 1 Erdkarre 1 Kultivator, 1 kompl. Pflug, 1 hölzerne u. 1 eiserne Egge, 1 Paar neue Leitern, 1 Rübenschneider, 1 Zentrifuge 1 Butterfurne, 2 Kuhgeschirre, 1 Schleppharke, 2 Taue, Ketten, 1 Handwagen, sämtliche Dehlenutensilien und verschiedene andere Sachen öffentlich meistbietend gegen bar verkaufen. 3650
Heil.

Th. Brüggemann,
Auktionator.

Tinten z. hab. i. d. Buchh. d. Kamener Ztg.

Meine Sprechstunden
habe ich verlegt auf
vormittags von 9—10 Uhr
nachm. (außer Samstags) von 3—4 Uhr.

Dr. med. S. Paul,
Bergkamen, Blücherstraße 232
(im Postgebäude). 3688

Pelze
zum Umarbeitn werden angenommen. 3706
Gebr. Keil, Kamen,
Bahnhofstraße 57.

Ortsverein ehem. Kriegsteilnehmer
Kamen.

Am Sonntag, den 21. d. Mts., morgens 10 Uhr, findet im Vereinslokal beim Wirt Karl Nagel, Oststr. 7, eine

Versammlung

statt, wozu sämtliche Kriegsteilnehmer herzlichst eingeladen werden. 3699

Tagesordnung wird daselbst bekannt gegeben.

Der Vorstand.

Gewerkvere in christl. Bergarbeiter Deutschlands
Zahlstelle Kamen.

Sonntag, den 21. September 1919, vormittags 11 Uhr, bei Ww. Görtz

General-Versammlung

Wegen sehr wichtiger Vorträge haben sämtliche Mitglieder zu erscheinen. 3701

Der Vorstand.

Ein neues, massives, 1½stöckiges 3678

Wohnhaus

mit Stallung und Gartenland zu verkaufen
Otto Drees, Weddinghofen 40 a.

Wollenes
Strick-Garn
10 Bund 5.85 Mk. 3694
Arnold Wiener.



Geschäfts-Eröffnung!

Mit dem heutigen Tage habe ich die Wirtschaft am Bahnhof W. Liebig übernommen. Es soll mein Bestreben sein, für gute Getränke, Speisen usw. bestens Sorge zu tragen.

Die Eröffnung findet am

Sonnabend, den 20. ds. Mts.,

nachmittags 3 Uhr statt.

Um geneigten Zuspruch bittet

Bernhard Rinschede.

Kamen, den 18. September 1919.

3712

Gute
Kochbirnen
Pfund 40 Pfg.
Gute
Eßbirnen
Pfund 50 Pfg. u. teurer.
Fr. P. Uhrmeister,
Kirchstr. 10. 3693

Sommersprossen
vertreibt man wie abgewaschen. 3 M. 1115
Wilhelm Wenk,
Wöllstein, Rheinhessen.

Stellen-Angebote.

Junges
Mädchen,
am liebsten vom Lande, in größerem Haushalt für sofort gesucht.
Näheres **Kamen,**
Klosterstraße 14. 3814

Jüngeres 3679
Dienstmädchen
für alle Hausarbeit zu Oktober gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Ordentliches
Dienstmädchen
für Haus- und Küchenarbeit zum 1. Oktober gesucht. 3693
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Ein ordentl., fleißiges
Mädchen,
welches auch melken kann und Hausarbeit versteht, per 1. Oktober gesucht.
Frau Ph. Nathan
3713 Nordstr. 34.

Möblierte
Zimmer
(1, besser 2 Zimmer) möglichst mit voller Pension per sofort oder später von besserem Herrn gesucht.
Angebote erbeten unter **3676** bei der Geschäftsstelle des Blattes.



Brauner
Jagdhund
(auf d. Namen Lord hörend)
entlaufen.
Wiederbringer erhält gute Belohnung.
W. Ostermann
Altenmethler.

Die Aussteuer, die ich zur Zeit gegen die Ehefrau Johann Kassen ausgesagt habe, beruht auf Unwahrheit, und nehme sie mit Bedauern zurück. 3710
Frau Herm. Gintzel.

Tinten zu haben in der Buchhandlung der Kamener Zeitung

Wollen Sie Geld sparen,
so kaufen Sie bei uns billig angestandte
Blusen, Röcke, Mäntel, Jackenkleider, Hüte Schlaf-Decken.
Gebr. Keil. Kamen, Bahnhofstraße 57.